Urteil zu Straßenprostitution: Stadt Dortmund muss neuen Strich suchen
Süddeutsche Zeitung vom 21. März 2013

Das Dortmunder Modell des Straßenstrichs galt als modern, sollte die Prostitution humaner machen. Bis viele neue Frauen hereindrängten und die Stadt sich nicht mehr anders zu helfen wusste und den Straßenstrich verbot. Nach der Klage einer Prostituierten hat ein Gericht nun entschieden: Die Behörden müssen einen alternativen Ort suchen.

Viele Jahre ist Dany K. in der Ravensberger Straße in Dortmund gestanden, hinter den Baumärkten und Werkstätten. Sie hat die Autos vorbei fahren sehen mit den Freiern und hat beobachtet, wie die Welt sich ändert. Im Jahr 2001 hat die Stadt den Straßenstrich in der Nordstadt legalisiert, hat das liberale Dortmunder Modell begonnen, das die Prostitution humaner machen sollte, Verrichtungsboxen wurden aufgestellt, eine Beratungsstelle nahm ihre Arbeit auf.

Für die Prostituierte Dany K., 38, war es kein schlechter Arbeitsplatz, sie war unabhängig, ihre eigene Chefin. Ab dem Jahr 2007 standen neue Frauen neben ihr, die zwar kaum Deutsch sprachen, aber das gleiche machten wie sie, nur billiger, Oralverkehr gab es ab fünf Euro. Schafften im Jahr 2006 noch durchschnittlich 60 Huren im Dortmunder Norden an, so waren es 2011 fast zehn Mal so viele, die meisten Roma aus Bulgarien. Der Stadt wurde es zu bunt, der Strich wurde geschlossen, Straßenprostitution gänzlich verboten. Dany K. wurde arbeitslos. Und tat das, was Prostituierte selten tun: Sie ging vor Gericht - und bekam recht.

Weil sie sich auch mal was leisten wollte, fing Dany an, sich zu prostituieren. Doch dann schloss die Stadt Dortmund den Straßenstrich und verdrängte sie und ihre Kolleginnen in Hinterhöfe und Internetcafés. Oder an den Stadtrand, auf einen Wanderparkplatz, wo Vögel zwitschern und Freier rar sind.

Am Donnerstag entschied das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zu Gunsten der Klägerin, die Stadt Dortmund habe nach der Schließung des Straßenstrichs nicht ausreichend nach Alternativen gesucht. Ein Gericht verurteilt eine Stadt dazu, nach einem geeigneten Standort für einen Straßenstrich zu suchen. Das passiert auch nicht allzu oft.

Die Stadt Dortmund hatte die Schließung des Straßenstrichs als eine Art Notwehr betrachtet. Es war letztlich der Versuch, mit Hilfe des Verwaltungsrechts eine Art lokale Einwanderungspolitik zu betreiben. Politisch war das nachvollziehbar, juristisch aber nicht haltbar. Im Verfahren hatten die Prozessvertreter der Stadt argumentiert, dass der Straßenstrich eine Gefahr für die Jugend und den öffentlichen Anstand gewesen sei. Kinder in den angrenzenden Wohngebieten hätten Huren in Arbeitskleidung gesehen, sie sogar bei Preisabsprachen mit Freiern beobachtet.

In Wahrheit ging es aber um viel mehr als Moral. "Eine Stadt wie Dortmund verkraftet diesen Ansturm nicht. Das Maß war voll", sagte Heike Tasillo von der Stadt im Verfahren. Die meisten Prostituierten auf dem Straßenstrich waren Roma aus der bulgarischen Stadt Plovdiv - auch ihre Männer gingen oft auf den Strich, den für Schwarzarbeiter, oder lungerten in der Nordstadt herum. Die war ohnehin schon das große Problemkind von Dortmund; ein ganzer Stadtteil drohte mit den Tausenden Neuankömmlingen umzukippen. Die Roma lebten

in heruntergekommen Häusern, davor türmte sich der Müll. Die Bürger der Nordstadt sammelten 5200 Unterschriften gegen den Strich, die Politik reagierte.

Nach Ansicht von Polizei und Stadt habe sich die Situation seit der Schließung des Straßenstrichs verbessert, die Kriminalität sei gesunken. Nun muss die Stadt einen Alternativort suchen, der nicht zu nah an Wohngebieten ist. Aber auch nicht so weit weg, dass keine Freier mehr kommen.